



28. März 2022



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vergangene Woche sind wir in Düsseldorf zu unserer vorletzten Plenarwoche in dieser Legislaturperiode zusammen gekommen, in der uns natürlich auch der Krieg in der Ukraine beschäftigt hat. Wir alle hoffen auf Frieden – so schnell wie möglich. Dabei muss klar sein: Welche Bedingungen dafür akzeptabel sind, kann nur die Ukraine selbst entscheiden. Gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen verurteilen wir in einer Resolution den Angriffskrieg auf die Ukraine. Geflüchtete heißen wir in Nordrhein-Westfalen willkommen – sie sind bei uns in Sicherheit.

Resolution: Nordrhein-Westfalen verurteilt den Angriffskrieg

Wir selbst müssen uns eingestehen, dass die deutsche Außen- und Energiepolitik gegenüber Russland in den vergangenen Jahren falsch war. Damit haben wir uns in eine große Abhängigkeit begeben, die schnell ein Ende haben muss. Je schneller wir die erneuerbaren Energien ausbauen, desto schneller werden wir die Energiepreise stabilisieren können. So haben wir gemeinsam mit der Fraktion der Grünen einen Antrag in dieses Plenum eingebracht, der den bislang geltenden Mindestabstand von 1.000 Metern zwischen neuen Windenergieanlagen und Wohnbebauung abschaffen will.

Gesetzesentwurf: Ausbau der Windenergie in NRW

Unsere weiteren Anträge befassen sich unter anderem mit den Themen **Mitbestimmung**, **Ganztagsoffensive**, **Gesundheitsschutz in Zeiten von Corona** und der **Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen**. Mehr dazu in unserem aktuellen Newsletter.

Herzliche Grüße

Ihre

Heike Gebhard

S. Watermeier

2017-2022: Wir ziehen Bilanz Einladung zur Veranstaltung am 29. März um 18 Uhr

Weil **besser**
möglich ist.

NEU
SPD

Foto: SPD-Landtagsfraktion

[Zur Einladung](#)

[Zur Anmeldung](#)

Unser Einsatz für gutes und bezahlbares Wohnen

Der Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen steckt in der Krise. Die Mieten steigen in schier unerschwingliche Höhen – von 2010 bis 2018 sind die Neubaumieten um 29 Prozent gestiegen, die für wiedervermieteten Wohnraum um 23 Prozent –, während die Wohnraumförderung des Landes im Sinkflug ist.

In unserem Antrag haben wir daher unter anderem 100.000 neue Wohnungen jährlich und einen Mieterschutz, der mehr als ein Feigenblatt ist gefordert.

[SPD-Antrag](#)



Foto: www.pixabay.com

Vorfahrt für den Gesundheitsschutz

Die Corona-Infektionszahlen sind so hoch wie nie – aber die Tests in Kitas und Schulen laufen in Nordrhein-Westfalen aus. Wir sind der Meinung: Trotz der weitreichenden Lockerungen muss der Gesundheitsschutz in unserem Bundesland sichergestellt sein.

Wir haben die Landesregierung daher aufgefordert, die bestehenden Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens bis zum 2. April fortzusetzen und darüber hinaus zumindest den Basisschutz bestehen zu lassen. Auch eine umfassende Teststrategie an Kitas und Schulen ist aus unserer Sicht unverzichtbar.

[Zum Eilantrag](#)



Foto: www.pixabay.com

NRW – ein Land der Mitbestimmung

In ganz Deutschland wählen vom 1. März bis 31. Mai in zigtausenden Betrieben die Beschäftigten ihre Mitarbeiterinnenvertretung. Derartige Mitbestimmungsmöglichkeiten sind ein hohes Gut und wesentlicher Grundpfeiler einer funktionierenden Sozialpartnerschaft. Mit unserem Antrag haben wir die Betriebsratswahlen öffentlichkeitswirksam unterstützt und die Verhinderung von Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit – das so genannte Union Busting – konsequent bekämpft.

[Antrag SPD-Fraktion](#)

Weg mit den Straßenausbaubeiträgen

Es geht um nicht weniger als Existenzen, wenn plötzlich eine Zahlungsaufforderung im Briefkasten liegt: Die Straße vor der Tür soll neu gemacht werden. Schnell werden vier- bis fünfstellige Beträge fällig.

Wir treten mit unserem Gesetzentwurf weiterhin für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein. Die Fraktionen von CDU und FDP hingegen legen einen unausgereiften Schnellschuss kurz vor Ende der Legislaturperiode vor. Das Bürokratiemonster für die Kommunalverwaltungen bleibt damit erhalten und es schafft keine Rechtssicherheit—weder für Kommunen, noch für Bürgerinnen und Bürger.

Mehr Infos finden Sie auf [Seite 5](#) des Newsletters!

[Gesetzentwurf der SPD-Fraktion](#)



Einheitliche Qualität und bessere Bildung im Ganztag

Ganztagsangebote an Schulen sind nicht nur ein Garant für Bildungsgerechtigkeit, sondern fördern zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der nun von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 bringt einen erheblichen Bedarf mit sich: Mehr Personal und räumliche Kapazitäten sind gefragt.

Wir haben mit unserem Antrag eine umfassende Offensive gefordert, die nicht nur diesen Bedarf berücksichtigt, sondern auch mehr und vor allem eine einheitliche Qualität in den Angeboten integriert.

[Antrag SPD-Fraktion](#)

Für mehr Ausbildungsqualität in der Pflege

Pflegeschlüsselkräfte sind in NRW rar gesät, der Fachkräftemangel ist ein zunehmendes Problem. Doch eine oftmals schlechte Bezahlung und unzureichende Arbeitsbedingungen bieten keine ausreichenden Anreize für junge Menschen, um eine Berufsausbildung im Gesundheitsbereich anzustreben.

Wir haben daher in unserem Antrag eine Initiative gefordert, um die Ausbildungsqualität in der praktischen Pflegeausbildung sicherzustellen – und mit besseren Arbeitszeiten und Löhnen auszustatten.

[Antrag SPD-Fraktion](#)

„Volle Solidarität mit der Ukraine“ – Heike Gebhard und Sebastian Watermeier beraten in Sondersitzung über Folgen von Putins Krieg für NRW

Die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalens hat sich am Dienstag zu einer Sondersitzung getroffen, um über die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf NRW zu beraten. Zu Gast waren die Generalkonsulin der Ukraine, Iryna Shum, und der Generalkonsul von Polen, Jakub Wawrzyniak.

Die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier haben am heutigen Dienstag in einer Sondersitzung ihrer Fraktion über die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine beraten. „Die SPD-Fraktion verurteilt Putins Krieg aufs Schärfste“, sagt Heike Gebhard. „Unsere volle Solidarität gilt der Ukraine.“

An der Sitzung ihrer Fraktion haben auch Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine, und Jakub Wawrzyniak, Generalkonsul Polens, teilgenommen. Thema des Austauschs waren vor allem mögliche Konsequenzen für Nordrhein-Westfalen. „Die Folgen von Putins Krieg werden wir auch in Gelsenkirchen spüren. Das wurde bei der Sondersitzung der Fraktion deutlich“, sagt Sebastian Watermeier.

Nun müsse sich Nordrhein-Westfalen vor allem darauf vorbereiten, Flüchtenden zu helfen. „Angesichts der Menschen, die ihr Zuhause verlieren begrüßen wir ausdrücklich, dass die polnische Regierung die Grenze zur Ukraine offen hält und Flüchtende so schnell und unbürokratisch wie möglich über die Grenze kommen lässt“, erklären Heike Gebhard und Sebastian Watermeier. „Wir in NRW und Gelsenkirchen sind solidarisch und werden helfen, wo wir helfen können. Dabei müssen wir die Menschen in Gelsenkirchen mitnehmen.“

Ebenso würden die Aggressionen Putins zeigen, wie dringend die Energieversorgung von russischen Importen unabhängig werden müsse. „Je zügiger der Ausbau der Erneuerbaren gelingt, desto besser“, so die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten. Denn die vergangenen Wochen hätten unterstrichen, dass eine nachhaltige und sichere Energieversorgung nicht nur eine entscheidende Rolle für Wirtschaft und Klima, sondern auch für unsere Sicherheitsinteressen spiele. „Hier beweist Bundeskanzler Olaf Scholz Führungsstärke und richtet die deutsche Politik neu aus.“

Aktuelle Stunde: Landesregierung muss Verantwortung übernehmen

Thomas Kutschaty und Sebastian Watermeier tauschen sich mit Partnerinnen und Partner aus der EU-Ebene in Brüssel aus



Mit dem Spitzenkandidaten Thomas Kutschaty und dem Sprecher der deutschen SPD-Gruppe im Europäischen Parlament Jens Geier, beide aus Essen sowie Sebastian Watermeier, als Sprecher im Europaausschuss des Landtags, wurden gute Gespräche in Brüssel geführt. Klar ist, das Ruhrgebiet ist bestens vertreten. Natürlich wurde auch über den Krieg in der Ukraine gesprochen.

Für die SPD, ob im Landtag oder im Europäischen Parlament, ist klar: Putin muss seine Aggression inmitten Europas sofort beenden. Die Geschlossenheit, mit der die EU nun handelt, ist das richtige Zeichen – sei es bei der unbürokratischen Hilfe für die zu hunderttausenden vom Krieg vertriebenen Menschen oder bei der entschlossenen Durchsetzung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Putins Krieg muss beendet werden.

Mit Frans Timmermans, dem Vize-Präsidenten der EU-Kommission, haben Thomas Kutschaty, Jens Geier und Sebastian Watermeier sich zu Putins Krieg gegen die Ukraine und zur Zukunft der europäischen Energie- und Industriepolitik ausgetauscht.

In der Transformation der Energieerzeugung, aber auch der energieintensiven Industrien in Richtung Klimaneutralität liegen Chancen für vertiefte europäische Partnerschaften, für den Erhalt und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und nicht zuletzt auch für den technischen Fortschritt und die Erschließung neuer Wertschöpfungsformen.

Dies können wir nur mit allen Staaten innerhalb der Union erreichen. Mit Frans Timmermans haben wir an der europäischen Spitze dabei jemanden, der diese Ziele mit Ehrgeiz und Augenmaß zugleich vorantreibt.

Gegen Personalmangel, für bessere Arbeitsbedingungen – ver.di über- gibt 11.906 Unterschriften an den Arbeits- und Gesundheitsausschuss

Letzte Woche haben die Beschäftigten der Universitätskliniken in NRW dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Petition mit 11.906 Unterschriften übergeben. Die Petition enthält als zentrale Forderung eine deutliche Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen – zum Wohl der Patientinnen und Patienten und der Gesundheit der Beschäftigten selbst.

Inspiziert von der erfolgreichen Entlastungsbewegung der Charité in Berlin hatten die Beschäftigten der Unikliniken in NRW am 21. Januar ein 100-Tage-Ultimatum verkündet: Arbeitgeber und politisch Verantwortliche in NRW haben bis zum 1. Mai Zeit, wirksame Tarifregelungen zur Entlastung auf den Weg zu bringen. Andernfalls droht noch vor der Landtagswahl am 15. Mai ein Arbeitskampf.



Foto: Sydney Scharley

„Von einer tariflichen Einigung würden in NRW mehr als 20.000 Beschäftigte an den Unikliniken profitieren - mit 11.906 Unterschriften haben rund 63 Prozent von ihnen sich an der Aktion beteiligt. Das ist ein starkes Zeichen! Sie haben die volle Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion“, bekräftigt Heike Gebhard, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Heike Gebhard und Sebastian Watermeier: „Schwarz-Gelb lehnt Gesetz- entwurf zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen ab“

Am heutigen Donnerstag hat der Landtag NRW auf Initiative der SPD-Fraktion über das Ende von Straßenausbaubeiträgen abgestimmt. CDU und FDP haben dabei gegen die Abschaffung votiert. „Damit ist klar, dass es Schwarz-Gelb mit der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger nicht ernst meint“, sagen die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier.

Gebhard und Watermeier selbst haben am heutigen Donnerstag für eine Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen in Nordrhein-Westfalen gestimmt. Der Landtag hat in seiner Sitzung einen entsprechenden Gesetzentwurf der SPD-Fraktion beraten. In namentlicher Abstimmung wurde dieser Gesetzentwurf mit Stimmen der regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Schwarz-Gelb hat stattdessen eine Änderung der Förderrichtlinien bei Straßenausbaubeiträgen beschlossen. Diese führt nicht automatisch dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger keine Beiträge mehr zahlen müssen.

„Es bleibt dabei, dass die Kommunen auch in Zukunft mit enormem Verwaltungsaufwand die fälligen Straßenausbaubeiträge auf der Basis eines Straßen- und Wegekonzeptes und nach Durchführung einer Anliegerversammlung ermitteln müssen. Anschließend müssen sie einen Antrag auf Förderung an die NRW-Bank stellen und abwarten, ob ihr Antrag bewilligt wird. Einen Rechtsanspruch auf Förderung gibt es nicht. Ist der Fördertopf leer, bleibt die Kommune gezwungen, die Beiträge von den Anliegern zu erheben. Eine Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gibt es also nicht“, kritisiert die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard.

„Die Menschen in NRW brauchen eine zuverlässige Entlastung statt eines undurchsichtigen Fördersystems. Denn was passiert, wenn Fördermittel aufgebraucht sind? Schwarz-Gelb kann nicht ausschließen, dass die Bürgerinnen und Bürger dann wieder zur Kasse gebeten werden. Wenn Schwarz-Gelb wirklich zuverlässig die Bürgerinnen und Bürger entlasten wollte, hätten sie dem Gesetzentwurf der SPD zugestimmt und damit die Straßenausbaubeiträge rechtssicher für alle abgeschafft.“, so Watermeier weiter.

Trotz der Ablehnung des Gesetzentwurfs will sich Sebastian Watermeier auch nach der Landtagswahl weiter für die komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einsetzen: „Diese finanzielle Last bei der Sanierung von Straßen ist für viele Haushalte kaum oder gar nicht zu stemmen. Und die anhaltende Kritik von Bürgerinitiativen zeigt, dass Schwarz-Gelb die Menschen weiter in Unsicherheit lässt. Wir stehen an der Seite der Betroffenen in NRW.“

In der kommenden Legislaturperiode solle der Landtag daher eine endgültige und dauerhafte Abschaffung der Straßenausbaubeiträge auf den Weg bringen.

„Wenn es um die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge geht, wissen die Betroffenen, wem sie in dieser Frage vertrauen können. Alle wissen: Nur durch die SPD-Fraktion wird die Abschaffung auch wirklich Realität“, so Watermeier abschließend.

Aus dem Wahlkreis

Hochschule für Polizei und Verwaltung: Stellungnahme zu „Entscheidung lässt auf sich warten“ aus der WAZ vom 14.03.22

Foto: Büro Gebhard



Seit Bestehen der Hochschule für öffentliche Verwaltung hat sie ihren Sitz in Gelsenkirchen. Dies war gesetzlich festgelegt. Erst 2019 mit der Namensänderung der Hochschule, die von allen Fraktionen getragen wurde, strich die schwarz-gelbe Landesregierung den Sitz der Hochschule „in Gelsenkirchen“ aus dem Gesetz. Der Änderungsantrag der SPD Landtagsfraktion Gelsenkirchen als Standort im Gesetz zu belassen, wurde von CDU und FDP abgelehnt.

Dieser Vorgang lässt nur einen Schluss zu. Lange vor der Ausschreibung im Februar 2021 hatten CDU und FDP vor, Gelsenkirchen diese Landeseinrichtung zu nehmen. Ein politisch bemerkenswerter Vorgang – statt einer strukturschwachen Stadt unter die Arme zu greifen, nimmt man ihr eine Landeseinrichtung, ohne mit ihr zuvor in Verhandlung zu treten, ob sie einen zukunftsträchtigen Standort anbieten kann.

Wenn die Entscheidung jetzt noch auf sich warten lässt, so werte ich dies als gutes Zeichen, dass der Vorschlag für Gelsenkirchen so qualitativ ist, dass man ihn nicht einfach übergehen kann.

Heike Gebhard und Sebastian Watermeier besuchen Zweigstelle der Verbraucherzentrale NRW in Gelsenkirchen

In dieser Woche besuchten die Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier die Verbraucherzentrale in Gelsenkirchen. Neben den aktuellen Schwerpunkten der Arbeit der Beratungsstelle wurden seitens der Verbraucherzentrale auch die Forderungen an eine neue Landesregierung thematisiert.

„Nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine haben viele Verbraucherinnen und Verbraucher mit niedrigen und mittleren Einkommen mit drastisch steigenden Energiepreisen zu kämpfen. Viele sind an einem Punkt angekommen, an denen der sparsame Umgang mit Strom und Heizung die steigenden Kosten nicht mehr auffangen kann. Darüber hinaus versuchen Billiganbieter die Menschen mit günstigen Lockangeboten zum Wechsel zu bewegen, um sie dann mit teils illegalen Methoden in eine Kostenfalle zu locken. Hier leistet die Verbraucherzentrale eine sehr wichtige Arbeit, für die wir ihnen im Namen der Menschen in Gelsenkirchen herzlich danken“, so die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard.

Sebastian Watermeier, der am 15. Mai für eine weitere Legislaturperiode in den Landtag einziehen will, ergänzt: „Diese wichtige Arbeit muss die bestmögliche politische Unterstützung bekommen. Dafür wird sich die SPD-Fraktion im Landtag einsetzen. Gerade mit Blick auf die aktuelle Entwicklung im Energiesektor brauchen mehr Menschen als zuvor die Angebote der Verbraucherzentrale. Das gilt sowohl für die Rechtsberatung und Schuldnerberatung, als auch für Beratungen zum Energiesparen. Insbesondere letzteres muss der nächsten Landesregierung ins Stammbuch geschrieben werden, da die europäische Förderung zum Jahresende ausläuft und vom Land übernommen werden muss. Andernfalls kann die Verbraucherzentrale keine Energieberater mehr zu den Menschen schicken. Das muss Landespolitik weiterhin gewährleisten!“



Foto: Daniel Schlieffe